

Droht der Dritte Weltkrieg? Das sagen Bremer Experten

Für viel Aufregung haben die Warnungen des russischen Außenministers Lawrow vor einem Dritten Weltkrieg gesorgt. Aber wie gefährlich ist die Lage wirklich? Darüber weichen die Ansichten ab.

27.04.2022, 05:00

🕒 Lesedauer: 3 Min

🔖 Zur Merkliste



Von Frank Hethey



WESER KURIER

Hören Sie sich diesen Artikel an:



🔊 00:00 / 00:44 1X

🔗 [Beitrag](#)



Die Warnungen des russischen Außenministers [Sergej Lawrow](#) vor einem [Dritten Weltkrieg](#) sind auf geteiltes Echo gestoßen. Aus Sicht des Bremer Bundestagsabgeordneten [Thomas Röwekamp](#) (CDU) handelt es sich um mehr als nur ein PR-Manöver. „Es ist nicht so, dass ich seine Äußerungen nur für Rhetorik halte“, sagt Röwekamp, Mitglied des Verteidigungsausschusses. Abweichend fällt die Bewertung von Russland-Expertin [Susanne Schattenberg](#) aus. In ihren Augen besteht derzeit kein erhöhtes Risiko für einen Atomkrieg. „Der Kreml hat die vage Hoffnung, dass die westlichen Regierungen angesichts solcher Drohgebärden einknicken könnten.“

Die Leiterin der Forschungsstelle Osteuropa an der [Universität Bremen](#) sieht einen direkten Zusammenhang zu den Waffenlieferungen an die Ukraine. Dagegen will Russland nach ihrer Einschätzung die öffentliche Meinung im Westen mobilisieren. „Lawrow spielt mit den Ängsten des Westens vor einem Krieg“, sagt Schattenberg. Das Kalkül: Wer Ängste vor einem atomaren Dritten Weltkrieg schürt, kann sich Hoffnung auf Demonstrationen gegen Waffenlieferungen machen. „Russland schöpft damit alle Mittel der aggressiven Diplomatie aus, ohne wirklich vorzuhaben, die nuklearen Streitkräfte in Gang zu setzen“, so Schattenberg. „Es ist ein Versuch, den Westen weiter einzuschüchtern oder auch zu erpressen.“

In einem Interview im russischen Fernsehen hatte Lawrow am Montagabend erklärt, er sehe eine „reale“ Gefahr für den Ausbruch eines Dritten Weltkriegs. Diese Gefahr sei ernst und dürfe nicht unterschätzt werden. Gleichzeitig betonte er, in einer derartigen Situation solle man sich davor hüten, die Risiken weiter künstlich aufzublähen. Es gebe viele Seiten, die das wollten, sagte Lawrow, ohne Namen zu nennen. Die Unzulässigkeit eines Atomkriegs bleibe die prinzipielle Position Russlands.



Gefahr halte ich für real.“

Der Bremer Bundestagsabgeordnete Thomas Röwekamp (CDU)

„Es ist nicht das erste Mal, dass wir solche Drohungen von Russland hören“, sagt Röwekamp. „Diese Drohung dient dem Ziel, die militärische Widerstandskraft zu schwächen.“ Gleichwohl warnt der 55-Jährige davor, sie nicht ernst genug zu nehmen. Es gebe eine „latente Gefahr“, dass der Ukraine-Krieg eskalieren könne. Denn: „Russland verfügt über die militärischen Mittel, mit Atomwaffen einzugreifen.“ Im Fall einer Niederlage der Ukraine könnten auch Polen und die baltischen Staaten russischen Angriffen ausgesetzt sein, damit steige die Gefahr des Einsatzes taktischer Atomwaffen. „Ich habe Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Diese Gefahr halte ich für real.“

Anders beurteilt Schattenberg die Situation. Die Gefahr eines Atomkriegs sei jetzt nicht größer als zu Beginn des Krieges, als Präsident Wladimir Putin die nuklearen Streitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt habe. Dass Lawrow vor einem atomaren Dritten Weltkrieg warnt, komme laut Schattenberg nicht von ungefähr. „Der Westen soll davor abgeschreckt werden, die Ukraine weiter mit Waffen zu beliefern.“ Die Russland-Expertin sieht darin ein taktisch motiviertes, verbales Aufrüsten. Tatsächlich seien aktuell keinerlei Aktivitäten der nuklearen Streitkräfte zu verzeichnen.

Einig sind sich Röwekamp und Schattenberg über das auslösende Moment der Lawrow-Äußerungen. „Ich glaube, es handelt sich um eine Reaktion auf das Nicht-Erreichen der militärischen Ziele“, sagt Röwekamp. Russland habe sich den Kriegsverlauf anders vorgestellt und die Ukraine unterschätzt. Ähnlich fällt die Beurteilung von Susanne Schattenberg aus. „Lawrows Worte sind ein Zeichen dafür, wie prekär die Lage der russischen Streitkräfte ist.“ Russland habe Probleme, militärische Erfolge zu erzielen. „Wenn die Ukraine weiter so viel Nachschub erhält, wird das für Russland schwierig bleiben.“

„Es gibt keine objektiven oder juristischen Anhaltspunkte, Waffenlieferungen als aktives Eingreifen einer Kriegspartei zu werten.“

Susanne Schattenberg, Leiterin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen



Die Nato wegen Waffenlieferungen als Kriegspartei anzusehen, hält Röwekamp für „grobem Unfug“. Das westliche Verteidigungsbündnis sei am Ukraine-Krieg nicht beteiligt und werde sich nicht beteiligen. Nicht die Nato, sondern einzelne Nato-Mitgliedsstaaten unterstützten die ukrainische Armee. „Damit folgt Russland seinem Narrativ, die Nato habe diesen Krieg provoziert.“ Auch von einem Stellvertreterkrieg will Röwekamp nichts wissen, dieser Vorwurf sei „völlig abwegig“.

Schattenberg sieht indes keinen Grund, den Begriff des Stellvertreterkriegs abzulehnen. Im Kalten Krieg sei der Terminus gang und gäbe gewesen. Damals sei niemand auf die Idee gekommen, darin einen Kriegsgrund zu sehen „Es gibt keine objektiven oder juristischen Anhaltspunkte, Waffenlieferungen als aktives Eingreifen einer Kriegspartei zu werten.“